

Ostschweiz AM SONNTAG



Mati Diop
Die erste schwarze
Regisseurin in
Cannes.

Kultur 15

5:1

Bayern München
holt den Meistertitel.

Sport 27

Hoch bis zum Horizont -
Hochhäuser sind wieder
im Trend. Trotzdem sind
Kirchen und Silos oft höher.

Ostschweiz 12

«Die Gastfreundschaft
ist das A und O.»

Gastrosuisse-Präsident **Casimir Platzer** im Interview über die
Herausforderungen in der Gastronomie.

Ostschweiz 14

Integration stösst an ihre Grenzen

Schule Der Verband der Lehrpersonen Sektion St. Gallen fordert,
dass wieder vermehrt Kleinklassen eingeführt werden.
Die integrative Förderung verlange von den Lehrern zu viel.

Janina Gehrig

Seit 2008 sind die Schulen schweizweit verpflichtet, einstufige Kleinklassen- und Sonderschüler in die Regelklassen zu integrieren. Dabei werden Schüler mit Schwierigkeiten lektionenweise etwa von Heilpädagogen unterstützt.

In der Praxis stösst das System jedoch an seine Grenzen. «Man will heute zu viele Kinder integrieren, das zerreisst viele Lehrpersonen», sagt Gion Berther, Präsident des Verbands der Lehrpersonen, Sektion St. Gallen. Der Verband wird beim Kantonalen Lehrerverband (KLV) beantragen, vermehrt wieder Kleinklassen einzuführen.

Auch der kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband (KLV)

unterstützt Berthers Forderung nach mehr Kleinklassen grundsätzlich. Man tue einem Kind, das aufgrund fehlender oder knapper Ressourcen ständig überfordert werde, keinen Gefallen, sagt Daniel Thommen, Co-Präsident des KLV. Er fordert gar ein ganzes Massnahmenpaket, um den Lehrern mehr Unterstützung zukommen zu lassen. Ein anderer Vorschlag ist die Einführung von permanent zwei Lehrkräften pro Klasse.

Die Belastungen im Schulzimmer haben zugenommen

Schliesslich, so der Tenor, verlange das integrative Modell auch den Heilpädagogen zu viel ab, weil sie sich um Kinder kümmern müssten, für die sie gar nicht zuständig wären, etwa um solche

mit Autismus oder ausgeprägten Konzentrationsstörungen.

Dass die Belastungen im Schulzimmer immer grösser werden, zeigt auch eine kürzlich publizierte Studie des nationalen Lehrerverbands LCH. Weil Lehrer rund 248 Stunden Überzeit leisten, reduzieren viele ihr Pensum oder geben ihren Job gar ganz auf.

In der Stadt St. Gallen gibt es momentan noch sechs Primarschulen, die eine jahrgangsgemischte Kleinklasse führen, sowie auf der Oberstufe eine Kleinklasse pro Jahrgang. «Der Integrationsvorrang verpflichtet die Schulen allerdings, die Ressourcen primär für die integrative Förderung einzusetzen», sagt Florian Sauer vom städtischen Schulamt. **11**

Musikkiosk in der Ziegelhütte



Wild und bunt Dieses Cover hat der Grafiker Otto Dely in den 1920er-Jahren für die Noten eines Schlagers gestaltet. In der Kunsthalle Ziegelhütte in Appenzell sind 200 solche Musiktitel aus der Art-déco-Sammlung von Dora und Walter Labhart zu sehen. **16**

Bild: PD

Engpässe in Spitalapotheken

Medikamente Dass ein Spitalapotheker ein Medikament bestellen will, das nicht mehr verfügbar ist, kommt täglich vor. Trotzdem informieren sie die Meldestelle fast nie, wie der Bund kritisiert. 2017 erhielt die Meldestelle für lebenswichtige Humanarzneimittel keine Meldung. Im Jahr 2018 waren es lediglich sechs. Beim Verein der Amts- und Spitalapotheker stösst die Kritik auf Unverständnis. (red) **4**

Schweiz trotz Niederlage im Viertelfinal

Eishockey Die Schweiz steht an der WM in der Slowakei im Viertelfinal, obwohl das Team von Trainer Patrick Fischer gegen Titelverteidiger Schweden 3:4 verlor. Es war im fünften Spiel an diesem Turnier die erste Niederlage. Weil die Differenz jedoch nur ein Tor betrug, haben die Schweizer eine Top-4-Klassierung in der Gruppe B auf sicher. Der letztjährige Silbermedaillen-

gewinner war im Spiel gegen Schweden absolut ebenbürtig. Die Treffer für die Schweizer Nationalmannschaft erzielten Sven Andrighetto, Joël Genazzi und Gaëtan Haas.

In den letzten beiden Gruppenspielen bietet sich heute gegen Russland und am Dienstag gegen Tschechien die Chance, in der Gruppe B um die Plätze eins bis vier zu spielen. (sda) **22**

Kurz kündigt Neuwahlen an

Österreich Eine Woche vor der Europawahl ist die rechtskonservative Regierung in Österreich zerbrochen. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat Konsequenzen aus der Affäre um FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gezogen und kündigte die Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ gestern auf. Er habe Bundespräsident Alexander Van der Bellen vorgeschlagen, «vorgezogene Wahlen durchzuführen – und zwar zum



Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache tritt zurück. Bild: AP

schnellstmöglichen Zeitpunkt», sagte Kurz gestern in Wien. «Genug ist genug», so der Kanzler mit Blick auf die Video-Enthüllungen. Auslöser der Regierungskrise ist ein Video, das zeigt, wie Heinz-Christian Strache einer vermeintlichen russischen Oligarchin öffentliche Aufträge in Aussicht gestellt hatte, wenn sie der FPÖ zum Wahlerfolg verhelfe. Strache trat gestern als Vizekanzler und FPÖ-Chef zurück. (sda) **5**

Zivilschutz schlägt Alarm

Sicherheit Dem Zivilschutz mangelt es an Nachwuchs. Die zuständige Regierungskonferenz wird Bundesrätin Viola Amherd deshalb kommende Woche einen Brief zukommen lassen mit der Forderung nach einer Arbeitsgruppe. «Das Bestandsproblem ist dramatisch», sagt Generalsekretär Alexander Krethlow. «Wir müssen prüfen, wie Zivildienstleistende im Zivilschutz eingesetzt werden können.»

Zivildienstliche Tätigkeiten im Sozial- und Gesundheitswesen wie auch zu Gunsten der Natur würden damit radikal eingeschränkt.

Volksinitiative will Frauen in den Dienst einziehen

Unterstützung kommt von SVP-Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder (SG). «Wenn Zivildienstleistende an Schulen die Pausen beaufsichtigen, in Museen arbei-

ten oder Projekte im Ausland verfolgen, ist das primär zu ihrem persönlichen Gefallen, bringt der Bevölkerung im Ernstfall aber nichts», sagt sie. Eine Gruppe junger Menschen bereitet derweil eine Revolution der Dienstpflicht vor. Sie wird eine Volksinitiative für einen allgemeinen Bürgerdienst lancieren. Neben weitgehender Wahlfreiheit zwischen den Tätigkeiten sollen auch Frauen Dienst leisten. (red) **3**

Dem Zivildienst geht der Nachwuchs aus

Sicherheit Angesichts stark rückläufiger Zahlen für den Katastrophenschutz schlagen die Kantone Alarm. Ins Visier gerät erneut der Zivildienst, der bereits bei der Armee in Ungnade gefallen ist.

Roger Braun

Sie pflegen Senioren im Altersheim, sie helfen Flüchtlingen beim Deutschlernen oder sie bauen Trockenmauern für die Artenvielfalt: In der breiten Bevölkerung sind die Zivildienstleistenden wohlgeleit. Nicht so in der Politik: Der Bundesrat möchte den Zugang zum Zivildienst erschweren, um der Armee mehr Soldaten zu verschaffen. Und nun will auch der Zivildienst den Zivis ans Leder.

Der Zivildienst ist für die Hilfe bei Naturkatastrophen verantwortlich und hilft bei Grossveranstaltungen wie Skirennen mit. Aufgeboten wird, wer aus gesundheitlichen Gründen keinen Militär- oder Zivildienst leisten kann. Das Problem ist: Das sind immer weniger. Wurden bis vor zehn Jahren meist über 6000 neue Rekruten für den Zivildienst ausgehoben, ist diese Zahl unter 4000 Personen gesunken. Gleichzeitig ist die Zahl der Zivildienstleistenden in die Höhe geschossen, seit 2009 die Gewissensprüfung abgeschafft wurde. «Das Dienstpflichtsystem ist aus der Balance geraten», kritisiert Alexander Krethlow, der Generalsekretär der Regierungskonferenz Militär, Zivildienst und Feuerwehr der Kantone.

Kantone wollen zivildienstliche Aufgaben radikal einschränken

Für die Kantone gehen die geplanten Verschärfungen des Bundes nicht genug weit. Sie fordern unter anderem die Einführung einer «zeitgemässen mündlichen Motivationsabklärung» für Zivildienstleistende. Vor allem aber sehen sie im Zivildienst eine mögliche Rekrutierungsquelle für den Zivildienst. Richtschnur für die Idee ist die «Sicherheitsdienstpflicht», die auf einen Bericht von alt CVP-Nationalrat Arthur Loeffler zuhanden des Bundesrats zurückgeht. Demnach sollen Zivildienst und Zivildienst zu einem Katastrophenschutz fusioniert werden. Dort dienstpflichtig wären alle Männer, die aus gesundheitlichen oder aus Gewissensgründen nicht für die Armee taugen. Der Katastrophenschutz würde sich an den Aufgaben des heutigen Zivildienstes ausrichten. Zivildienstliche Tätigkeiten im Sozial- und Gesundheitswesen wie auch zu Gunsten des Umweltschutzes würden radikal eingeschränkt.

«Das Bestandesproblem ist dramatisch», sagt Krethlow. «Wir müssen möglichst schnell prüfen, wie Zivildienstleistende künftig auch im Zivildienst eingesetzt werden können.» Der Präsident der Regierungskonferenz und



Zivildienstler füllen Flaschen für Anwohner ab, deren Trinkwasser verunreinigt wurde.

Bild: Samuel Golay/Ti-Press (Gerra Piano, 14. September 2016)

Tessiner Regierungsrat Norman Gobbi wird kommende Woche Verteidigungsministerin Viola Amherd einen Brief zukommen lassen. Darin beantragt er die Schaffung einer Arbeitsgruppe aus Bund und Kantonen. «Diese Gruppe soll möglichst schnell konkrete und rasch umsetzbare Lösungen ausarbeiten, um die Bestandesprobleme des Zivildienstes anzugehen», sagt Krethlow.

Zivildienst beklagt sinnloses Schwarzpeterspiel

Unverständnis über die Pläne der Kantone äussert BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti, die beim Zivildienstverband Civiva im Vorstand sitzt. «Es ist völlig falsch, dem Zivildienst die Leute abspenstig zu machen», sagt sie. «Mit der Alterung der Gesellschaft wächst der Bedarf an Pflegeleistungen. Die Zivis werden im Sozial- und Gesundheits-

wesen dringend gebraucht.» Quadranti hat sich selber im Zivildienst als Sanitäterin engagiert. Sie fordert eine Professionalisierung. «Die Kantone müssen sich die Effizienzfrage gefallen lassen», sagt sie. «Solange sich viele Zivildienstler am Abend fragen, was sie den ganzen Tag gemacht haben, gibt es grosses Verbesserungspotenzial.»

Vor allem ärgert sich Quadranti über den Verteilungskampf um die Rekruten. «Das Hickhack zwischen Militär, Zivildienst und Zivildienst muss endlich aufhören», sagt sie. «Wir verbringen viel zu viel Zeit mit Grabenkriegen, anstatt nach Lösungen zu suchen.» Sollte es sich zeigen, dass der Zivildienst mit dem verfügbaren Personal seine Leistungen nicht mehr erbringen kann, fordert Quadranti eine ergebnisoffene Diskussion über einen Bürgerdienst für beide Geschlechter (siehe unten). «Das würde weit mehr

bringen als diese sinnlosen Angriffe auf den Zivildienst», sagt sie.

Höhere Tauglichkeit gefährdet Zivildienst

So sehr sich der Ärger der Zivildienstler gegen den Zivildienst richtet: In erster Linie ist es das Militär, das dem Zivildienst das Leben schwer macht. Denn so paradox es klingt: Der Zivildienst profitiert davon, wenn möglichst viele Dienstpflichtige untauglich sind und damit zivildienstpflichtig werden. Nun zeigt die Entwicklung allerdings in eine andere Richtung: Die Tauglichkeit für das Militär und den Zivildienst ist in den vergangenen Jahren markant gestiegen. Betrug die Tauglichkeitsrate im Jahr 2014 gerade noch 61,6 Prozent, erreichte die Quote im vergangenen Jahr einen Wert von 69,5 Prozent. Diese Entwicklung ist massgeblich auf die Einführung

der differenzierten Tauglichkeit in der Armee zurückzuführen. Wurden früher viele junge Männer aus gesundheitlichen Gründen als untauglich eingestuft, werden sie heute mit Einschränkung der Armee zugewiesen. Das betrifft beispielsweise Dienstpflichtige, deren Marsch-, Trag- oder Hebefähigkeit eingeschränkt ist. Einst landeten diese jungen Männer im Zivildienst, nun dienen sie in der Armee.

Ein weiterer Faktor kommt hinzu: Die Zahl der Personen, die bei der Aushebung «doppelt untauglich» sind, also weder in Armee, Zivildienst oder Zivildienst dienen können, hat ebenfalls zugenommen. Leisteten in den 2000er-Jahren noch etwa die Hälfte der Militärdienstuntauglichen Zivildienst, ist es heute nicht mal mehr ein Drittel. Auch diese jungen Männer fehlen heute dem Zivildienst.

«Solange sich viele Zivildienstler am Abend fragen, was sie den ganzen Tag gemacht haben, gibt es grosses Verbesserungspotenzial.»



Rosmarie Quadranti
Nationalrätin (BDP/ZH)

Auch Frauen sollen dienstpflichtig werden

Volksinitiative Während sich die Armee und der Zivildienst mit dem Zivildienst keilen, wagt eine Gruppe junger Menschen den grossen Wurf. In der Westschweiz hat der Verein ServiceCitoyen.ch eine Volksinitiative zur Einführung eines Bürgerdienstes ausgearbeitet. Damit müssten künftig neben den Männern auch die Frauen einen Dienst zu Gunsten der Allgemeinheit leisten. Neuland ist auch die Wahlfreiheit. Die Dienstpflichtigen sollen sich weitgehend frei entscheiden können, wo sie sich engagieren – und ohne wie heute beim Zivildienst durch eine Verlängerung der Dienstzeit bestraft zu werden.

Der neue Bürgerdienst wäre breiter als heute. Auch ein Engagement bei der Feuerwehr, in Vereinen oder als Gemeinderat soll berücksichtigt werden. Um der Armee genügend Soldaten zu garantieren, sieht die Initiative zudem einen Notfall-Artikel vor. Kommt es zu

einem Engpass in der Armee, soll der Bundesrat das Recht erhalten, die Wahlfreiheit einzuschränken.

Initianten wollen das Milizsystem der Schweiz retten

Co-Präsidentin Noémi Roten vom Verein ServiceCitoyen.ch ist überzeugt, dass ein Bürgerdienst perfekt zur Schweiz passen würde. «Er unterstreicht die Verbundenheit der Bürger zum Staat, er verbessert den sozialen Zusammenhalt, und er stärkt die Solidarität in der Gesellschaft», sagt sie. Angesichts des Rückgangs der Freiwilligenarbeit und des Verteilungskampfs zwischen Militär, Zivildienst und Zivildienst sieht Roten das Bürgerengagement zunehmend bedroht. «Der Bürgerdienst wäre eine grosse Chance, die gemeinnützige Arbeit in der Schweiz zu fördern», sagt sie.

Die Arbeiten an der Volksinitiative sind weit fortgeschritten. Derzeit feilen

Staatsrechtler an den sprachlichen Details des Textes. Parallel versucht der Verein möglichst breite Unterstützung für das Volksbegehren zu gewinnen. Im Zentrum stehen dabei die Jungparteien. «Es wäre ein starkes Zeichen, wenn die Initiative in erster Linie von jungen engagierten Menschen getragen wird», sagt Roten, die selber erst 30 Jahre alt ist und bei der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse arbeitet.

Die Jungparteien der Mitte stehen bereit

Im Initiativkomitee sind junge Menschen aller Parteien vertreten. Die grösste Unterstützung kommt derzeit von der Mitte. Die Jungen Grünliberalen wollen nächsten Samstag bereits die Unterstützung zur Initiative beschliessen. Co-Präsident Tobias Vögeli sagt: «Ein Bürgerdienst könnte die individuellen Fähigkeiten gezielter einsetzen und damit den

Nutzen für die Gemeinschaft erhöhen.» Positive Zeichen kommen auch von der Jungen CVP. In ihrem Wahlprogramm fordert sie eine allgemeine Dienstpflicht für Mann und Frau. Die neue Präsidentin Sarah Bünler sagt: «Eine Umgestaltung und Öffnung der Dienstpflicht stärkt das Milizsystem und ist aus unserer Sicht auch Bestandteil der Gleichstellung.» Sympathien äussert zudem die Junge BDP. Vizepräsident Philippe Tschopp sagt: «Wir haben den Bürgerdienst im Vorstand und mit den Kantonalparteien besprochen und sind uns einig, dass wir die Idee unterstützen.»

Etwas komplizierter gestaltet sich die Sache links und rechts des politischen Spektrums. Die Linke ist militärkritisch und stört sich an der Mehrbelastung der Frauen. Rechts wiederum macht man sich Sorgen um den Militärdienst und steht dem staatlichen Zwang kritisch gegenüber. (rob)